

Tutzinger Erklärung zur bürgerschaftlichen Denkmalpflege

Heimat, Wohn- und Arbeitsort, Sehenswürdigkeit: Denkmale haben vielfältige Bedeutungen für uns alle. Sie sind identitätsstiftende Erinnerungsorte, Zeugnisse historischer Baukultur und raumprägende Elemente unserer gebauten Umwelt; die Bewahrung von historischer Bausubstanz und Siedlungsstruktur trägt zu einer sozial, ökonomisch und ökologisch nachhaltigen Entwicklung bei. Schutz, Erhaltung und Pflege von Denkmalen sind deswegen Aufgaben der ganzen Gesellschaft, nicht nur von Staat und Eigentümern. Folgerichtig gewinnt bürgerschaftliches Engagement im Bereich des Denkmalschutzes zunehmend an Bedeutung. Um dieses Potenzial für die Allgemeinheit fruchtbar zu machen, braucht es ein geeignetes Umfeld: Kompetente und starke Behörden, Sensibilität und Fachkenntnis in Politik und Verwaltung, geeignete Verfahren und Förderstrukturen.

Als ein Netzwerk von Bürgerinitiativen wünschen wir uns für die bürgerschaftliche Denkmalpflege daher eine entscheidende Verbesserung der Rahmenbedingungen.

Partnerschaft

Bürgerschaftliche Initiativen sind kompetente Partner für die staatliche Denkmalpflege. Vielfach finden sich vor Ort Experten für die lokale Geschichte und die bauliche Entwicklung von Dörfern, Städten und Siedlungen, die in maßgeblicher Weise denkmalfachliches Wissen beisteuern können. Als engagierte Bürgerinnen und Bürger sind wir bereit, für die Denkmäler Engagement und Arbeitszeit aufzubringen und uns vor Ort für Erhalt und Pflege einzusetzen. Dabei bleibt die staatliche Denkmalpflege unverzichtbar und muss rechtlich und finanziell wieder gestärkt werden. Wir laden die staatliche Denkmalpflege und die Politik ein, auch in strittigen Punkten verstärkt mit uns in Dialog zu treten, z.B. bei der Beurteilung der Denkmalwürdigkeit von Gebäuden oder Stadtstrukturen, oder in der Bauberatung. Darüber hinaus muss die vor Ort vorhandene Kompetenz im Denkmalsbereich besser vernetzt werden, etwa durch eine Liste von freiwilligen Ansprechpartnern (z.B. Eigentümer, Handwerker, Architekten).

Beteiligung und Verfahren

Um aktiv werden zu können, brauchen wir eine größere Transparenz von Verfahren und eine bessere Bürgerbeteiligung, sowie eine erhöhte Dialogbereitschaft von Politik und Behörden - im Bau- und Planungs-, aber auch im Denkmalrecht. Eine frühzeitige und anschauliche Ankündigung von Planungen auch gegenüber Bürgerinitiativen, rechtlich verankerte Mitsprachemöglichkeiten und die Einführung der Verbandsklage auch für Organisationen der Denkmalpflege etwa sind hierzu wichtige Ansätze.

Denkmalschutz hat Verfassungsrang und ist Verfassungsauftrag, deswegen müssen der Vollzug des Denkmalrechts und die Fachbehörden wieder gestärkt werden; besonders wichtig wäre z.B. in Bayern die Wiedereinführung des Dissensverfahrens.

Förderung

Bürgerschaftliches Engagement kann zusätzlich zu den bislang zugänglichen Mitteln neue Finanzierungsquellen für Denkmale erschließen. Hierfür benötigt es aber selbst oft eine gewisse Anschubfinanzierung. Neben der Förderung von baulichen Maßnahmen fordern wir auch eine institutionelle Unterstützung von bürgerschaftlichen Initiativen in ihrem breiten Engagement. Neben der Beibehaltung der steuerlichen Absetzbarkeit ist eine

Stärkung der Zuschussförderung wichtig, da nicht alle Denkmaleigentümer von steuerlicher Unterstützung profitieren. Auch weitere Förderwege, wie z.B. eine Mehrwertsteuerermäßigung für denkmalgerechte Maßnahmen, sind zu prüfen.

Bildung

Bildung ist der Schlüssel für eine größere Akzeptanz und ein besseres Verständnis für die Denkmalpflege als eine wichtige gesamtgesellschaftliche Aufgabe. Ortsgeschichte, Architekturgeschichte und Denkmalpflege müssen daher besser in schulischen Lehrplänen sowie in der Architekten- und Handwerker Ausbildung verankert werden. Auch ein Weiterbildungsangebot, z.B. für Kommunalpolitiker, Verwaltungsmitarbeiter und Denkmaleigentümer wäre wünschenswert. Wir Bürgerinitiativen bieten uns auch hierfür gerne als Partner an.

Um das gebaute kulturelle Erbe als unverzichtbare Grundlage einer lebenswerten Zukunft zu erhalten, bedarf es einer neuen Kultur der Gemeinsamkeit. Wir alle sind aufgerufen, uns daran kooperativ zu beteiligen: Politik und Verwaltung, Planungsbüros und Unternehmen ebenso wie engagierte Bürger, Vereine und Verbände.

Machen wir gemeinsam aus unserem Erbe Zukunft!

Tutzing, den 13. Januar 2012